

328547-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten – Vergabe von Sicherungsdienstleistungen

OJ S 97/2025 21/05/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Haus der Bayerischen Geschichte

E-Mail: vergabe@hdbg.bayern.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabe von Sicherungsdienstleistungen

Beschreibung: Es ist beabsichtigt die nachfolgend benannte Leistung für das Haus der Bayerischen Geschichte zu vergeben. Leistungsort ist Haus der Bayerischen Geschichte – Museum und Bavariathek, Donaumarkt 1, 93407 Regensburg. Der Leistungszeitraum ist vom 01.12.2025 (0:00 Uhr) bis einschließlich zum 01.12.2031 (24:00 Uhr). Es handelt sich um die Sicherungsdienstleistung Überwachung Museum und Pforte Bavariathek. Die Sicherungsdienstleistungen beinhalten Separatdienste im Museum für die Dauerausstellung sowie Sonderausstellungen und Pfortendienste in der Bavariathek. Nähere Informationen sind in der Anlage 14-VgV-ANG Leistungsbeschreibung enthalten

Kennung des Verfahrens: c99d8eb6-0928-4afc-9784-69c5f66a6490

Interne Kennung: M9841.2/16

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79713000 Bewachungsdienste, 79714000 Überwachungsdienste, 79715000 Streifendienste

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Regensburg, Kreisfreie Stadt (DE232)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 6 480 000,00 EUR

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 9 570 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Auswahl derjenigen Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen, erfolgt anhand der in der Unterlage 3-VgV-TNW Bewertungsmatrix Eignung sowie anhand der im Folgenden dargestellten Auswahlkriterien und Gewichtungsfaktoren. > Umsatz (Gewichtungsfaktor 33) > vergleichbarer Umsatz je Geschäftsjahr in den letzten drei Jahren 8 - 13 Mio. EUR brutto; vergleichbare Umsätze sind, Umsätze aus dem Bereich personelle Sicherungsdienstleistungen: Mindestens 8 Mio. € netto pro Geschäftsjahr jeweils in den letzten drei Geschäftsjahre. Dieses Kriterium ist ein Auswahlkriterium (Gewichtung 33). Ein vgl. Umsatz unter 8 Mio. Euro wird nicht bewertet, es erfolgt ein Ausschluss des Teilnahmeantrages. Ein vgl. Umsatz von 8 Mio. Euro erreicht den Erfüllungsgrad 1. Bei einem vgl. Umsatz über 8 Mio. Euro und unter 13 Mio. Euro wird linear interpoliert (vgl. zuvor). Ab und über einem vgl. Umsatz von 13 Mio. Euro wird der Erfüllungsgrad 3 erreicht. >Referenzen (Gewichtungsfaktor 67) > Referenzen: Mindestens 4 Referenzleistungen aus dem Bereich Sicherungsdienstleistungen mit jeweils einem jährlichen Stundenvolumen von mindestens 30.000 Stunden pro Referenz für ein Museum bzw. eine Kunst- oder Kultureinrichtung. Werden 4 geeignete und vergleichbare Referenz aus dem Bereich Sicherungsdienstleistungen mit jeweils einem jährlichen Stundenvolumen von mindestens 30.000 Stunden pro Referenz für ein Museum bzw. eine Kunst- oder Kultureinrichtung vorgelegt, erfolgt eine Einordnung in den Erfüllungsgrad 1. Werden mehr als 4, aber weniger als 8 geeignete und vergleichbare Referenzen vorgelegt erfolgt die Bestimmung des Erfüllungsgrades anhand der oben geschilderten linearen Interpolation. Werden 8 oder mehr als 8 geeignete und vergleichbare Referenzen vorgelegt, erfolgt die Einordnung in den Erfüllungsgrad 3. Hinweis zu den weiteren Anforderungen an Bewerbergemeinschaften: Mehrere Bewerber können sich grundsätzlich zu einer Bewerbergemeinschaft zusammenschließen. In diesem Fall muss die Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag eine Bewerbergemeinschaftserklärung einreichen. Diese Erklärung beinhaltet die Bildung einer Bewerbergemeinschaft im Falle der Teilnahmeantragserstellung und einer Arbeitsgemeinschaft im Falle der Auftragserteilung sowie die Übernahme einer gesamtschuldnerischen Haftung durch die Bewerbergemeinschaft und eine Auflistung ihrer Mitglieder. Schließlich soll die Erklärung die Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters sowie, dass dieser die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, beinhalten. Bei Bewerbergemeinschaften sind geforderte Erklärungen bzw. Nachweise für jedes Bewerbergemeinschaftsmitglied mit dem Teilnahmeantrag einzureichen, sofern dies nicht anders ausgewiesen ist. Ein Wechsel der Identität des Bewerbers oder der Bewerbergemeinschaft ist nicht zugelassen. Ergänzung zur Wertungsmethode: Für die Bewertung der Angebote greift der AG auf die erweiterte Richtwertmethode (Anlehnung) zurück. Eine detaillierte Erläuterung ist in der Anlage 11-VgV-ANG – Erläuterung zur Angebotsmatrix unter der Ziff. 2 enthalten. Rechtsgrundlage: Richtlinie 2014/24/EU VgV Hinweis zur Präqualifizierung: Mit der Abgabe des Teilnahmeantrages ist die PQ-Nummer anzugeben, sofern vorhanden. Die ausweislich der Bekanntmachung geforderten Eignungsnachweise (es gelten für alle Bewerber dieselben Eignungskriterien und Mindestanforderungen) müssen im PQ-Register enthalten sein. Wenn diese dort nicht oder nicht wie gefordert enthalten sind, sind sie separat mit Abgabe des Teilnahmeantrages einzureichen. Sollte der Teilnahmeantrag in die engere Auswahl gelangen, behält sich der AG vor im Rahmen seines Ermessens fehlende Eignungsnachweise, die sich also weder aus dem PQ-Register ergeben noch mit dem Teilnahmeantrag separat eingereicht wurden, auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers innerhalb einer angemessenen Frist nachzureichen (sofern eine Nachforderung zulässig ist). Demgegenüber werden Nachweise, die in dem PQ-Register enthalten sind, aber nicht den Vorgaben entsprechen, nicht nachgefordert. Es erfolgt vielmehr ein Ausschluss des Teilnahmeantrages. Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung

für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Teilnahmeantrag- entweder die ausgefüllte Anlage 6 oder - oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen. Sollte der Teilnahmeantrag in die engere Auswahl gelangen, behält sich der AG vor im Rahmen seines Ermessens fehlende Eignungsnachweise, die sich also weder aus EEE ergeben noch mit dem Teilnahmeantrag separat eingereicht wurden, auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers innerhalb einer angemessenen Frist nachzureichen (sofern eine Nachforderung zulässig ist). Bei Einsatz von anderen Unternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Unterlagen / die Eigenerklärung bzw. die EEE auch für diese abzugeben, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die Nachunternehmer präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Hinweis auf § 47 VgV - Eignungsleihe: Beabsichtigt der Bewerber, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Teilnahmeantrag benennen. Der Bewerber hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihm bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat auf gesonderte Anforderung den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen nebst Erklärungen über Eignungskriterien und Nichtvorliegen von Ausschlussgründen. Nimmt der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften. Der Bewerber hat ggf. nach Prüfung ein anderes Unternehmen, bei dem zwingende Ausschlussgründe nach § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen. Sollten fakultative Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, behält sich der Auftraggeber vor, dass das andere Unternehmen durch den Bewerber oder Bewerber innerhalb einer zu setzenden Frist ausgewechselt wird; im Übrigen siehe § 36 Abs. 5 und § 47 VgV. Hinweis zur Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE): Als vorläufiger Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung kann mit dem Teilnahmeantrag eine Einheitlich Europäische Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden; dann gilt § 50 VgV.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption:

Betrug:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Zahlungsunfähigkeit:
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Vergabe von Sicherungsdienstleistungen

Beschreibung: Beschreibung: Personelle Sicherungsdienstleistungen für das Haus der Bayerischen Geschichte. Leistungsort ist Haus der Bayerischen Geschichte – Museum und Bavariathek, Donaumarkt 1, 93407 Regensburg. Der Leistungszeitraum ist vom 01.12.2025 (0:00 Uhr) bis einschließlich zum 01.12.2031 (24:00 Uhr). Es handelt sich um die Sicherungsdienstleistung Überwachung Museum und Pforte Bavariathek. Die Sicherungsdienstleistungen beinhalten Separatdienste im Museum für die Dauerausstellung sowie Sonderausstellungen und Pfortendienste in der Bavariathek. Nähere Informationen sind in der Anlage 14-VgV-ANG Leistungsbeschreibung enthalten. Zur Objektbesichtigung: Eine Objektbesichtigung ist für die Angebotsphase vorgesehen. Die Termine werden mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes mitgeteilt. Maximalabruf: Es handelt sich um eine Rahmenvereinbarung. Der AN hat mindestens das vorgesehene Personal gem. der Leistungsbeschreibung zu stellen, wenn der AG dies abrufen. Mit Zuschlag gilt das Personal als abgerufen, welches sich zum Stand des Leistungsbeginns ergibt. Der AN hat jedoch keinen Anspruch auf einen bestimmten Abruf. Die Kostenschätzung beruht aufgrund der aktuellen Beispielung der Ausstellungsräume und beträgt 6,48 Mio. € netto zzgl. USt. für die gesamte Laufzeit des Auftrages (inkl. Verlängerung). Dabei wurde von einem Aufschlag auf den Tariflohn i.H.v. 70% ausgegangen. Für den Maximalabruf i.H.v. 9,57 Mio.€ netto wurde von einer kontinuierlichen Auslastung der Ausstellungen ausgegangen. Dabei enthält dieser Maximalbetrag zum einen prognostizierte Tarifloohnerhöhungen über die gesamte Laufzeit sowie einen prozentualen Aufschlag i.H.v. 20% für weitere Sonderausstellungen sowie die Annahme eines höheren Lohns in Bezug auf Tariflohn durch den Sicherheitsdienstleiter (90%).
Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Regensburg, Kreisfreie Stadt (DE232)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/12/2025

Enddatum der Laufzeit: 01/12/2031

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 6 480 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Sonstiges

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Innovative Beschaffung

Beschreibung: siehe Leistungsbeschreibung, Ideenskizzen

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Mindestlöhne, Tarifvorgaben

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Sonstiges

Gefördertes soziales Ziel: Sonstiges, Faire Arbeitsbedingungen

Innovationsfördernde Auftragsvergabe: Die erbrachten Bauleistungen, Dienstleistungen oder gelieferten Güter beinhalten Prozessinnovationen.

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat mit der Einreichung des

Teilnahmeantrages einzureichen: - Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Dienstleistungen: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen §§ 123 ff. GWB mittels Anlage 6.1-VgV-TNW - Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S.d. § 125 GWB (sofern einschlägig) mittels Anlage 6.2-VgV-TNW - Eigenerklärung zum Vorliegen einer

Gewerbeerlaubnis gem. § 34a GewO mittels Anlage 6.11-VgV-TNW Eigenerklärung, dass eine Gewerbeerlaubnis gem. § 34a der Gewerbeordnung (GewO) oder eine gleichwertige

Erlaubnis eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder aber eine sonstige Bescheinigung /

einen sonstigen Nachweis der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen

Wirtschaftsraum über die Befähigung zur Ausübung des Bewachungsgewerbes (vgl. § 13 Bewachungsverordnung) vorliegt. Für ausländische Bewerber: Erklärung dazu, wie

sichergestellt wird, dass eine Gewerbeerlaubnis gem. § 13 a GewO bis spätestens zum Beginn der Auftragsausführung vorliegt. - 6.14 - VgV – TNW Erklärung zu Sanktionen gegen

Russland: Eigenerklärung Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - Eigenerklärung des Bewerbers über den vergleichbaren Umsatz in den letzten drei Geschäftsjahren, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind (§ 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung Anlage 6.5-VgV-TNW vorzulegen): Eigenerklärung über den vergleichbaren Umsatz (netto) jeweils in den letzten drei Geschäftsjahren, sofern Angaben verfügbar sind. Der AG behält sich vor, Nachweise anzufordern, die Belegen, dass ein vergleichbarer Umsatz aus personellen Sicherungsdienstleistungen vorliegt (auf gesonderte Anforderung Bilanzen oder ähnliche Nachweise, § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV). Ein vergleichbarer Umsatz liegt vor, wenn sich die Umsätze aus personellen Sicherungsdienstleistungen ergeben. Umsatzzahlen von Bewerbergemeinschaftsmitgliedern werden addiert. Hier: Mindestanforderung (bei deren Nichtvorliegen ein Ausschluss aus dem Verfahren erfolgt): Mindestens 8 Mio. € netto pro Geschäftsjahr jeweils in den letzten drei Geschäftsjahre. Dieses Kriterium ist ein Auswahlkriterium (Gewichtung 33). Ein vgl. Umsatz unter 8 Mio. Euro wird nicht bewertet, es erfolgt ein Ausschluss des Teilnahmeantrages. Ein vgl. Umsatz von 8 Mio. Euro erreicht den Erfüllungsgrad 1. Bei einem vgl. Umsatz über 8 Mio. Euro und unter 13 Mio. Euro wird linear interpoliert (vgl. zuvor). Ab und über einem vgl. Umsatz von 13 Mio. Euro wird der Erfüllungsgrad 3 erreicht.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Einzureichende Unterlagen: - 6.6-VgV-TNW - Referenzobjekte (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung zu geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten 3 Jahren erbrachten vergleichbaren Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers und Kontaktdaten des Referenzgebers. Es gelten die nachfolgenden Mindestanforderungen: Eine Referenz ist nur dann wertbar, wenn diese die Anforderungen erfüllt. Eine Referenzleistung bezieht sich auf einen Auftrag; bezieht sich dieser auf mehrere Objekte, stellt dieses eine Referenzleistung dar. Mindestens 4 Referenzleistungen aus dem Bereich personelle Sicherungsdienstleistungen mit jeweils einem jährlichen Stundenvolumen von mindestens 30.000 Stunden pro Referenz für ein Museum bzw. eine Kunst- oder Kultureinrichtung aus den letzten drei Jahren. Hierbei ist die genannte Mindestanzahl an Referenzen mit den jeweiligen genannten Anforderungen einzureichen. Erfüllt ein Bewerber diese Anforderungen nicht, erfolgt der Ausschluss aus dem Teilnahmewettbewerb. Dieses Kriterium ist ein Auswahlkriterium (Gewichtung 67). Werden 4 geeignete und vergleichbare Referenz aus dem Bereich Sicherungsdienstleistungen mit jeweils einem jährlichen Stundenvolumen von mindestens 30.000 Stunden pro Referenz für ein Museum bzw. eine Kunst- oder Kultureinrichtung aus den letzten drei Jahren vorgelegt, erfolgt eine Einordnung in den Erfüllungsgrad 1. Werden mehr als 4, aber weniger als 8 geeignete und vergleichbare Referenzen vorgelegt erfolgt die Bestimmung des Erfüllungsgrades anhand der oben geschilderten linearen Interpolation. Werden 8 oder mehr als 8 geeignete und vergleichbare Referenzen vorgelegt, erfolgt die Einordnung in den Erfüllungsgrad 3.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Qualitätssicherungsstandards

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - 6.12-VgV-TNW – Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement o. vgl. Nachweis: Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder gleichwertig. Es wird eine Eigenerklärung sowie eine Urkunde in Kopie gefordert. Für den Fall, dass ein Bewerber/ ein Bürgergemeinschaftsmitglied über keine vorbenannte Zertifizierung verfügen, gelten ergänzend folgende Nachweispflichten, durch diese ebenfalls die Mindestanforderung an die Eignung erfüllt werden kann: - Eigenerklärung über das Vorhandensein einer gleichwertigen Bescheinigung durch eine akkreditierte Stelle aus anderen Staaten, vgl. § 49 Abs. 1 S. 2 VgV – mit dem Teilnahmeantrag ist hierzu eine individuelle Bewerbererklärung sowie in Kopie die Bescheinigung einzureichen oder - Eigenerklärung über das Bestehen eines gleichwertigen Qualitätssicherungssystems. Der Bewerber hat hierzu eine Eigenerklärung abzugeben, dass die vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmaßnahmen den geforderten Qualitätssicherungsnormen entsprechen. Um von einem gleichwertigen Qualitätssicherungssystem auszugehen, hat die beigefügte Eigenerklärung zunächst mindestens folgende Aspekte dieses Qualitätssicherungssystem zu erläutern: A Kontext der Organisation A.1 Verstehen der Organisation und ihres Kontextes A.2 Verstehen der Erfordernisse und Erwartungen von Beschäftigten und anderen interessierten Parteien A.3 Festlegen der Anwendungsbereich des SGA-Managementsystems A.4 SGA-Managementsystem B Führung und Beteiligung der Beschäftigten B.1 Führung und Verpflichtung B.2 SGA-Politik B.3 Rollen, Verantwortlichkeiten und Befugnisse in der Organisation B.4 Konsultation und Beteiligung der Beschäftigten C Planung C.1 Maßnahmen zum Umgang mit Risiken und Chancen C.1.1 Ermittlung von Gefährdungen und Bewertung von Risiken und Chancen C.1.2 Bestimmung rechtlicher Verpflichtungen und anderer Anforderungen C.1.3 Planung von Maßnahmen C.2 SGA-Ziele und Planung deren Erreichung D Unterstützung D.1 Ressourcen D.2 Kompetenz D.3 Bewusstsein E Kommunikation (intern /extern) E.1 Dokumentierte Information (Erstellung und Aktualisierung sowie Lenkung der Information) F Betrieb F.1 Betriebliche Planung und Steuerung F.2 Gefahren beseitigen und SGA-Risiken verringern F.3 Änderungsmanagement F.4 Beschaffung F.5 Notfallplanung und Reaktion G Bewertung der Leistung G.1 Überwachung, Messung, Analyse und Leistungsbewertung G.1.1 Bewertung der Compliance G.2 Internes Audit (inkl. Auditprogramm) G.3 Managementbewertung H Verbesserung H.1 Vorfall, Nichtkonformität und Korrekturmaßnahmen H.2 Fortlaufende Verbesserung. Dieser alternative Nachweis durch Eigenerklärung wird zudem nur dann zulässigerweise durch einen Bewerber erbracht werden, wenn dieser erläutert, dass er aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden, vorbenannten Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist vor Abgabe des Teilnahmeantrages einholen konnte. Die Gründe hierfür hat der Bewerber mit dem Teilnahmeantrag zu benennen. Er trägt hierfür die Darlegungslast. Falls geplant ist, diesen alternativen Nachweis abzugeben, ist in der Anlage 6.12-VgV-TNW - Zertifizierung nach ISO 45001 das entsprechende Kreuz zu setzen und eine Eigenerklärung zum gleichwertigen Qualitätssicherungssystem einzureichen. Die Eignungsanforderung Nachweis der Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder gleichwertig gilt für jeden Bieter/jedes Bürgergemeinschaftsmitglied/jeden Nachunternehmer, der Sicherungsdienstleistung im hiesigen Projekt personell erbringt bzw. bzgl. der Erbringung einbezogen ist oder wird. D.h. ein Unternehmen (Bieter/Bürgergemeinschaftsmitglied /Nachunternehmer), das Leistungen für das hiesige Projekt mit Personal erbringt, muss über die Zertifizierung nach ISO 45001/bzw. ausnahmsweise über glw. Nachweis verfügen. Erbringt ein Bieter/Bürgergemeinschaftsmitglied/Nachunternehmer keine personellen Sicherungsdienstleistungen im hiesigen Projekt, sondern ist anderweitig in das Projekt

eingebunden, ist keine Zertifizierung/glw. Nachweis erforderlich. Dann ist mit dem Angebot zu erklären, welche anderweitige Leistungen dieser erbringen wird und hat sich zu verpflichten, keine personelle Leistungen ohne die Zertifizierung/glw. Nachweis zu erbringen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Beschreibung: Einzureichende Unterlagen: - Nachweis /Bestätigung durch Eigenerklärung der Betriebshaftpflichtversicherung (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung mittels Anlage 6.4-VgV-TNW vorzulegen): Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung (je Versicherungsfall) - zugleich Mindestanforderung: - für Sachschäden 5.000.000,00 EUR - für Personenschäden 5.000.000,00 EUR - für reine Vermögensschäden 500.000,00 EUR - für das Abhandenkommen von Schlüsseln und Codekarten 250.000,00 EUR - für das Abhandenkommen bewachter Sachen 250.000,00 EUR - für Schäden aus Verletzung des Datenschutzes 250.000,00 EUR - für Bearbeitungs- bzw. Tätigkeitsschäden 250.000,00 EUR - für Umwelthaftpflichtschäden 2.500.000,00 EUR. Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssummen betragen. Für Umwelthaftpflichtschäden muss die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres die einfache Versicherungssumme betragen. Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist mit Abgabe des Teilnahmeantrags eine Eigenerklärung des Bewerbers ausreichend, wonach im Auftragsfall ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne erfolgen wird (§ 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV). Bei Bedarf wird im Teilnahmewettbewerb eine Bestätigung des Versicherers über die Zusage des Versicherungsabschlusses gem. den genannten Konditionen verlangt einzureichen bzw. alternativ, sofern der Bewerber angibt, über den Versicherungsschutz bereits zu verfügen, eine Versicherungsbestätigung des Versicherers und oder eine entsprechende Versicherungspolice einzureichen. Sofern der Bewerber eine Bewerbergemeinschaft ist, hat jedes Bewerbermitglied den Nachweis zu führen bzw. alternativ ein Mitglied muss einer Gruppenversicherung erklären und im Bedarfsfall nachweisen gem. den vorgenannten Ausführungen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - 6.7-VgV-TNW - Nachunternehmererklärung /Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (sofern einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV); auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung und Eignungsnachweise des Nachunternehmers: > Nachunternehmerverpflichtungserklärung > Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 44 VgV durch Eigenerklärung zum Vorliegen einer Gewerbeerlaubnis gem. § 34a GewO > Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 - 125 GWB > Eigenerklärung zum Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV > Eigenerklärung über den vergleichbaren Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre, § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV > Geeignete Referenzen des Bewerbers, § 46 Abs. 1 Nr. 1 VgV > Nachweis zum Vorliegen einer Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder gleichwertig. Die Mindestanforderungen, die für die Bewerber gelten, gelten auch für Nachunternehmer - ausgenommen der Mindestanforderungen bzgl. des Umsatzes. Der Nachweis der Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder gleichwertig ist

nicht erforderlich, wenn der Nachunternehmer keine personelle Sicherungsdienstleistung erbringt. In diesem Fall ist mit dem Angebot zu erklären, welche anderweitige Leistungen dieser erbringen wird und hat sich zu verpflichten, keine personelle Leistungen ohne die Zertifizierung/glw. Nachweis zu erbringen (s.o.). - 6.8-VgV-TNW - Eigenerklärung Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) (sofern einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe, ob und wie im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe, § 47 VgV); auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung und Erklärungen und die Ausschlusserklärung sowie Eignungsnachweise. Sofern eine Eignungsleihe bzgl. der techn. Leistungsfähigkeit erfolgt, muss mit dem Teilnahmeantrag zugleich eine dazugehörige Nachunternehmererklärung eingereicht werden und auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung Nachunternehmer und die Ausschlusserklärung sowie Eignungsnachweise des Nachunternehmers: > Verpflichtungserklärung Eignungsleihe > Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 44 VgV durch Eigenerklärung zum Vorliegen einer Gewerbeerlaubnis gem. § 34a GewO (gilt nur bei technischer Leistungsfähigkeit) > Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 - 125 GWB > Eigenerklärung zum Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV > Eigenerklärung über den vergleichbaren Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre, § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV > Geeignete Referenzen des Bewerbers, § 46 Abs. 1 Nr. 1 VgV (gilt nur bei technischer Leistungsfähigkeit) > 6.12-VgV-TNW - Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder gleichwertig (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) (siehe sonstige Eignungsbedingungen) - 6.9-VgV-TNW - Verpflichtungserklärung bei Eignungsleihe (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.10-VgV-TNW - Verpflichtungserklärung bei Nachunternehmereinsatz (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/c99d8eb6-0928-4afc-9784-69c5f66a6490

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 23/06 /2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/c99d8eb6-0928-4afc-9784-69c5f66a6490

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02/06/2025 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung erfolgt lediglich im Umfang der Regelungen der VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Anlage 6.13 - VgV - TNW - Erklärung zu Sanktionen gegen Russland (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung, teilweise mit erneutem Aufruf zum Wettbewerb, teilweise ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Begründung der Laufzeit der Rahmenvereinbarung: § 65 Abs. 2 VgV

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Südbayern, Regierung von Oberbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Informationen über die Überprüfungsfristen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch einen Bewerber/Bewerber einzuhaltenden Fristen hin. Statthafte Rechtsbehelfe sind gem. §§ 160 ff. GWB die Rüge sowie der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer. Eine Rüge ist an die in Ziffer I.1) genannte Vergabestelle zu richten. Die zuständige Stelle für ein Nachprüfungsverfahren ist in Ziffer VI. 4.1) genannt. Statthafter Rechtsbehelf ist gem. § 160 GWB der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer (Ziff. VI.4.1). Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. § 160 Absatz 3 Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Haus der Bayerischen Geschichte

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Haus der Bayerischen Geschichte

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Haus der Bayerischen Geschichte

Registrierungsnummer: 7281

Postanschrift: Zeuggasse 7

Stadt: Augsburg

Postleitzahl: 86150

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@hdbg.bayern.de

Telefon: +49 8213295-0

Internetadresse: <https://www.hdbg.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern, Regierung von Oberbayern

Registrierungsnummer: ec4a598d-2aee-48de-b756-d3931a755cd2

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80534

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 892176-2411

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

a7b98d24-18b4-4d6b-9c9a-74fb3dedd2e5-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Frist-und Text-Änderungen

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 6887c803-21c9-43ef-bb80-fdd3218bc6ba - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 20/05/2025 15:21:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 328547-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 97/2025

Datum der Veröffentlichung: 21/05/2025